

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 1,20 Mark, vierteljährlich
3,50 Mark, durch die Post 3,50 Mark
ausländische Zustellungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Am an-
tlichen Zeitungs-Verzeichnis unter
Sozial-Zeitung eingetragen. Für un-
erwartet eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellenangabe
„Sozial-Zeitung“ gestattet.
Journals der Schriftleitung Nr. 1140
der Anzeigen-Abteilung Nr. 11
der Bezugs-Abteilung Nr. 113
Postfach-Konto Leipzig Nr. 460.

Morgen-Ausgabe.

Sozial-Zeitung

Clarendon-Jahrgang.

Anzeigen
werden die 7 getippten Kolonnenzeile
oder deren Raum mit 30 Pfg. berech-
net und in anderen Annoncenstellen
nach allen Anzeigen-Bestimmungen an-
genommen. Reklamen die nach 1 Uhr
Schluss der Anzeigen-Annahme
vermehrt 11 Uhr für die Sonntags-
nummer über 2 Uhr. Anzeigen-
nahmen von Anzeigenaufträgen, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erscheint täglich zweimal
Sonntags einmal
Schriftleitung und Haupt-Verwaltung:
Halle, G. D. Brunsstraße 17.
Haben-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 601a.

Halle, Montag, den 24. Dezember

1917.

Neues Luftbombardement englischer Küstenstädte.

Der Kaufmann in der Politik.

Der frühere Syndikus an der Kölner Handelskammer, Prof. Dr. M. Wirminghaus, hat kürzlich in den „Rechtlichen Jahrbüchern“ einen bemerkenswerten Aufsatz unter dem Titel „Beamtenum und Kaufmannschaft“ veröffentlicht. Der Verfasser stellt die Forderung, daß es trotz mancher Erfolge an der verhältnismäßig geringen Gemeinschaftlichkeit von Beamtentum und Kaufmannschaft in der praktischen Politik nur zu sehr gemangelt hat und erhofft von der Zeit nach dem Kriege eine gründliche Besserung dieses Verhältnisses als Folge der durch die Erfahrungen des Krieges erstarkten sozialwirtschaftlichen Erkenntnisse. Wirminghaus besagt, daß das Bedürfnis nach Allgemeinbildung des Kaufmanns nur unvollkommen befriedigt worden ist, weil er sich zunächst und zum Teil den privatwirtschaftlichen Interessen überließ. Wirminghaus geht den Gründen nach und führt weiter aus: „Aber wurde die Allgemeinbildung der Vertretung der großen wirtschaftlichen Interessen im Rahmen des Staatsganzen und auf dem Boden der praktischen Tagespolitik auch von unserer führenden Kaufmannschaft nicht verkannt. Da man aber keine Reue hatte, diese Vertretung selbst zu übernehmen, so überließ man sie nur zu gern den bezahlten Kräften, den Beamten wirtschaftlicher Körperschaften. Wer wollte leugnen, daß sich manche der so berufenen Persönlichkeiten mit Umsicht, Takt und Ausdauer dieser Aufgabe unterzogen und dadurch nicht nur dem Wirtschaftsleben, sondern auch der Allgemeinheit große Dienste geleistet haben? Aber es liegt in einer derartigen Uebertragung wichtiger Staatsbürgerlicher Pflichten an Nicht-Staatsangehörigen und mehr oder minder abhängige Persönlichkeiten, abgesehen von dem Gefahr des Scheiterns, noch auch eine große Gefahr. Nicht nur diese selbst kommen in den Parlamenten gar zu leicht in Konflikt mit den verfassungsmäßigen Pflichten, sich als Vertreter der Volksgemeinschaft zu fühlen. Manche unterliegen auch ganz allgemein der Versuchung zu Ueberhebungen in der Wahrung der Interessen ihrer Auftraggeber. Das Wort vom „Scharfmacherium“ in den Untermittlungen hätte vielleicht weit weniger Berechtigung, wenn diese die Vertretung ihrer Interessen im öffentlichen Leben auf die eigenen Schultern nehmen wollten.“

Die nunmehr anbrechende Zeit wird, wie zu hoffen, auch in diesen Dingen eine Wandlung bringen, nicht zum wenigsten in dem Sinne, daß unsere führende Kaufmannschaft sich der tätigen Anteilnahme an unserer politischen und parlamentarischen Leben nicht länger entzieht. Das Vaterland braucht diese Kräfte auch hier. Eins wird man freilich hierbei nicht übersehen dürfen: Nur denjenigen, der bei aller Wahrung der berechtigten Sonderinteressen des Standes sich als Vertreter aller Volksklassen fühlt und auf der Grundlage eines vollstimmigen Wahlrechts seine Aufstellung zur Teilnahme an Gesetzgebung und Verwaltung sich zu erkämpfen weiß, wird es behüben sein, aufstrebend mit einzutreten in die zukünftigen großen Geschicke unseres öffentlichen Lebens. Denn, wie auch im Gefolge der Hierarchie unseres Reiches die einzelstaatlichen parlamentarischen Körperschaften demnächst ausgestaltet werden mögen, die Organe des Reichs leb- in jedem Falle die entscheidenden Faktoren unserer Politik, und vor allem der unserer Kaufmannschaft am nächsten liegenden Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Was uns nun tut, ist, daß sich einmal unsere Beamten, vor allem die Diplomaten und Konsuln, besser vorbereiten in den Dienst unserer politischen und wirtschaftlichen Interessen stellen, daß aber auch die Kaufmannschaft sich mehr als bisher mit dem Rückzuge ausstattet, das zur Geltendmachung der deutschen Wirtschafts- und Kulturinteressen im Auslande nicht zu entbehren ist. Unser Beamtenstand muß sich mit kaufmännischem Blute anreichern und unseren Kaufleuten muß auch das Verständnis für gemeinwirtschaftliche, für staatliche Sorgen kommen, das ihnen bisher vielfach gefehlt hat. Dann löst der Parlamentarismus auf, ein Schlagwort zu sein, und beginnt, eine Zustandsnotwendigkeit zu werden.

Die Friedensfrage.

Eine deutsche Kommission auf dem Wege nach Petersburg.

Im Auftrage zu dem deutsch-russischen Waffenstillstandsverträge ist vorgehen, daß die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den verzagten Ländern schon vor Abschluß der Friedensverhandlungen wiederhergestellt werden sollen. Zu dem Zwecke war vorgesehen, daß eine besondere Kommission in Petersburg zusammenzutreten sollte. Nachdem eine beratende österreichisch-ungarische Kommission bereits die Reise nach Russland angetreten hat, ist ihr in diesen Tagen eine gemischte Kommission von Vertretern verschiedener deutscher Behörden gefolgt.

Amtlicher Bericht der Seeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 23. Dezember.

Weltlicher Kriegsjahresausflug.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Vom Atlantik-See bis zur Deule hielt lebhaftes Artilleriefeuer bis zur Dunkelheit an. Von einem an der Bahn Vorhänge-Staben durchgeführten Unternehmen wurden 30 Engländer gefangen eingebracht.

Betreibt die See- und südlich von St. Quentin entwickelte sich am Nachmittag rege Feuerzätigkeit. Zahlreiche erfolgreiche Erdungsgeschosse zwischen Mexas und St. Quentin.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zu beiden Seiten der Weser nahm in den Abendstunden das Artilleriefeuer zu.

Die tagsüber in vielen Abschnitten sehr starke Fliegerzätigkeit blieb auch bei mondloser Nacht regt. Sernsch, Damer, Müntzchen, sowie Zahnanlagen und Munitionslager hinter der englischen und französischen Front wurden kräftig mit Bomben belegt.

Weltlicher Kriegsjahresausflug.

Nichts Neues.

Mazedonische Front

Die Gefechtszätigkeit blieb gering.

Italienische Front.

Ein Vorstoß der Italiener gegen die Höhen westlich vom Monte Mafione scheiterte.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Dem Wunsche der stimmführenden Bundesratsbevollmächtigten folgend, hatte der Reichsminister am Freitag nachmittag mit ihnen eine längere Besprechung, worin er ihnen, ebenso wie vorher bereits den Fraktionsführern des Reichstags, die Grundlinien vorlegte, nach denen die deutschen Friedensunterhändler verfahren sollten. Die Politik der deutschen Regierung fand auch bei den Vertretern der Bundesstaaten volle Billigung.

Kein Verzicht auf Entschädigungen.

In der bayerischen Reichsratskammer hatte Graf Bregling erklärt, daß er einen Frieden ohne finanzielle Entschädigung für die Steuerlast der einzelnen Bundesstaaten als gefährlich erachtet. Darauf erwidert nun die amtliche „Bayerische Staatszeitung“ u. a.: „Daß jede einzelne Bundesstaatliche Regierung danach streben müsse, das Reich und die Bundesstaaten so kräftig wie möglich aus dem Kriege herauszuführen zu lassen, bedürfte keiner weiteren Betonung. So hängen die Dinge ganz einfach nicht, daß man von vornherein geneigt sein könnte, auf jede Schadloshaltung dort zu verzichten, wo der Kriegswille, wo Raub und Eroberungslust alle Friedensangebote höhnisch zurückweisen und wo man sich bis zur Stunde noch mit Eifer bemühe, immer weitere Wälder in den Krieg gegen uns zu treiben und so den Krieg ins Endlose zu verlängern.“

Diese Antwort der bayerischen Regierung deckt sich vollkommen mit der Ansicht, wie sie der sächsischen Finanzminister wiederholt zum Ausdruck gebracht hat.

Russische Wahrheiten über Poincaré.

Wiener Blätter veröffentlichten folgendes:
Paris, 18. Dez., 1.15 Uhr nachmittags. An alle und im Auslande an den Pariser Radiotelegraphen des Herrn Clemenceau.

Der Pariser Radiotelegraph läßt täglich Wellen verleumderlicher Nachreden über das russische politische Leben und seine führenden Männer ausströmen. Argend ein russisches Informationsbureau in Paris, das aus einigen russischen Reptilien niedriger Ordnung besteht, bringt täglich die allerpathetischsten Nachreden über von den Bolschewiken in Russland vertriebene Schweden, wobei über die Genossen Lenin und Trotski nichts anderes als vom Agenten der deutschen Regierung g'prochen wird. Der Radiotelegraph der französischen Republik stellt sich demnach der Sinter-treppelitteratur zur Verfügung. Die verleumderliche Arbeit des Radiotelegraphen des Herrn Clemenceau wird direkt in russischer Sprache g'bracht, aufnehmend deswegen, um den unmittelbaren Weg zum Herzen des russischen Volkes zu finden. Man darf nicht daran zweifeln, daß, wenn die russischen Radiotelegraphenstationen in Händen von Mil-

lunow, Kornilow, Raichin und der anderen Freunde des Herrn Clemenceau wären, die eilfertigste Literatür der französischen Regierungsraditelegraphen eine ganz ähnliche Vertreibung bei diesen Herren erwecken würde. Ich jetzt befinden sich die Radiostationen in den Händen von Soldaten und Arbeiter, also von ehrlichen Leuten. Sie haben nur eine Bedingung für die Freigabe der russischen Radiotelegraphen, die Diktatur einer Hand von Beratern, Reichsbeamten und Betrüger von sich abzuwickeln. Solche Wurzeln haben der Radiotelegraph der Herren Poincaré und Clemenceau, des jetzigen Oberhauptes der französischen Regierung, der auf diesen Boden durch den Willen der nordamerikanischen Bourgeoisie gestellt wurde, täglich herüber. Man kann am so leichter an die Rückführung der mächtigen revolutionären Partei glauben, da Herr Clemenceau in seiner Regierbarkeit in standesmäßigem Zusammenhang mit der Panama-Affäre gestanden hat. Aber die aufgeregten Arbeiter, Soldaten und Bauern beobachteten aus nächster Nähe die Arbeit des Rats der Bolschewisten und sind mit dem persönlichen Leben der alten Revolutionäre, die zum Besondere dieses Rats gehören, zu gut bekannt, als daß die Verleumdungen von Zeitungshebeln irgendeinen Eindruck auf sie machen könnten. Das einzige Gefühl, das die Arbeit des Herrn Clemenceau an ihnen hervorgerufen hätte, ist das Gefühl der tiefsten Verachtung für den Klungei der Ionius geworden Panamiten, die vorzüglich noch die Mäßigkeit haben, im Namen des verblutenden und verarmten französischen Volkes zu sprechen.
Über diese Darlegungen werden Poincaré und Clemenceau vermutlich nicht sehr erbaud sein.

Frankreich in Erwartung eines deutschen Friedensangebotes.

Ein Phantasiengedächte.
Genf, 22. Dez. Nach den Andeutungen der Schweizerischen Presse verzeichnen nun auch die Pariser Blätter verschiedene Gerüchte über das angeblich bevorstehende allgemeine Friedensangebot der Zentralmächte. Das „Journal“ hebt hervor, daß Balfours Erklärung im Unterhause über die englisch-deutsche Friedensanfrage diese Angelegenheit in der Schweiz lasse, was eine Wiederaufnahme von Sondierungen möglich erdienen lasse. Alle französischen Zeitungen, die sich mit diesen Gerüchten befassen, verfolgen die gleiche Taktik, die sie fernerzeit gegenüber dem ersten deutschen Friedensangebot im Dezember 1916 eingeschlagen haben, und weisen schon im voraus jede Annäherung als ein perfides deutsches Manöver zurück. So schreibt „Liberté“: Wir müssen auf eine Reihe hinterlistiger Intrigen der Zentralmächte gefaßt sein, die um jeden Preis vor dem Eingreifen der Amerikaner Frieden schließen wollen und wirtschaftlich äußerst erkräftigt sind. Die Alliierten werden auch nun, sich mit Maßnahmen zu wappnen, um den Folgen des Friedens zu entgehen, der versuchen wird, all ihre Sonderinteressen gegeneinander auszuspielen, um die Entente zu sprengen. Alle Blätter betonen, wohl um die Wirkung der Friedensgerüchte auf die freigelegte Bevölkerung abzumildern, daß Deutschland zwar die Freiheit der Presse genießt, aber keine Freiheit der Presse genießt. Es ist zu hoffen, daß diese Gerüchte als eine friedensmögliche, die die Rückgabe Elbich-Lothringens durch Deutschland Frankreichs unwider-ruffliches Kriegsziel darstelle.
Demgegenüber sei ausdrücklich auf Grund amtlicher Erklärungen festgehalten, daß man deutschseits an ein solches Friedensangebot nicht im entferntesten denkt.

Eine Kriegsjahresklärung der englischen Liberalen.

Wie die „Times“ melden, haben 20 bis 30 liberale Abgeordnete der radikalen Richtung ein Memorandum an Asquith eingereicht, worin sie eine Kriegsjahresklärung der liberalen Partei fordern. Der Antrag scheint mehr gegen das Gebühde der Eindrücke zu sein als gegen die Regierung. Als Führer dieser Bewegung werden Kommandant Wedgwood und Noel Burton genannt.

Lenin und Trotski bei der Arbeit.

Die Petersburger Berichterlatter des „Matin“ und des „Journal“ hatten Gelegenheit, Lenin und Trotski vor einiger Zeit im Smolni-Institut Besuche abzuhalten.
Nach der Schilderung des Vertreters vom „Journal“ (nom 18. d. M.) gleicht das Institut einer Festung. Kanonen und Maschinengewehre bilden die Zugänge. Vor den Fenstern stehen Wachtposten. Auch in seinem Innern macht das Gebäude den Eindruck einer Festung. In allen Gängen und Sälen sieht man Bajonette blitzen. So glaubte, ich würde in eine heitere Gesellschaft kommen, aber nun befand ich mich unter einer ausgepöckelten, unruhigen, schreienden Menge. Da sich meiner niemand annimmt, gelangte ich, ehe ich es recht bedacht hatte, in einer Saal, in dem sich Lenin, Trotski und andere Bolschewistenführer befinden. Es macht anfänglich den Eindruck, als ob sie unheimlich wären. Nur

Troßt Troßt vor Freude. Seine Umgebung aber sieht be-
trübt drein. Denn der kleine Bart und den Schurzband
hat fallen lassen, aber seit einigen Tagen nicht raucht ist,
nicht isst, abgemagert und ungewachsen aus. Den Kopf in
die Hände gestützt, fällt er den anderen selten ins Wort.
Troßt trägt die Köhler der Unterhaltung.

„Wir müssen“, erklärt er, „vor allem ein Regim't des
Schreckens aufrichten, alle Fühlhaken lassen, die gegen uns
sind. Wenn wir hierin nicht den Willen zeigen, fliegen wir
weiter über Bord.“ — „Er hat recht“, erklärt Lenin. „Der
Worte sind genug geflossen. Wir haben keine Minute mehr
zu verlieren.“

Weber Lenin noch Troßt haben Zeit, sich mit dem Be-
richterstatter abzugeben. Dagegen will der Bericht-
statter „Matin“ wenigstens an Troßt herangelommen sein. Er
berichtet unter dem 17. B.:

„Troßt, der einen tabellösen Gehord an hatte, warf
mir durch seine goldene Brille einen harten Blick zu. Mit
seiner Reife und seinem kurzen Schnurbärtchen hat er ein
richtiges Lichtauge. Im übrigen liegt er bisärrig und
hoch aus (!). Ich trete an ihn heran und bemerke:
Wir kommt es vor, als ob ich Sie in Paris schon irgend-
wo gesehen hätte, auf dem Boulevard Montparnasse, im
Café Rotonde.“

„Ja“, ich habe lange in Paris gelebt“, erwiderte Troßt.
„Es ist von Herrn Malou ausgesprochen worden. Ich kenne
Frankreich, ich bewundere es. Ich bewundere seinen Geist,
seine Willenskraft, seine Kultur, aber ich habe einen Haß
gegen die französische Politik und ich hasse auch Ihren
„Matin“. Und auch Ihnen die mit Fragen.“

Als der Berichterstatter die „geistreiche“ Frage stellt:
„Wie sieht Ihr Plan aus, mit dem Sie zur Verwirklichung
Ihres Friedenswillens gelangen wollen?“ antwortete Troßt u.
a.: „Wenn unsere Arbeit für den Frieden nach zwei
Monaten den Krieg nicht zum Stillstand gebracht haben
wird, dann werden wir gegen uns selber Krieg führen, und
wider den Krieg gegen die Weltöffentlichkeit, einen furchtbaren
Krieg, wie sich ihm das Bürgertum gar nicht vorstellen kann.
Die Bolschewisten sind die einzig wahre Volkspartei. In
Rußland zählen nur wir allein. Wir sind die Herren, und
wir werden aus Rußland das machen, was wir wollen.“
Ich verbeugte mich. Stenlein-Troßt gab mich un-
beleglich vor der Tür stehenden roten Gariboldi das Zeichen,
mich zurückzuführen.

Ob Lenin und Troßt sich wirklich so geäußert haben,
wie die Bericht- der beiden Boulevardblätter berichten,
steht natürlich dahin.

Der Bürgerkrieg in Südrußland.

Der „Matin“ meldet: Nach zuverlässigen Berichten ist
Della von der bolschewistischen Partei ge-
kommen worden. Der Rat der ukrainischen Deputierten
ist aus Dnepr geflüchtet. Die dortigen Genossen sind in
der Armee begannen mit der Wiedererrichtung ihres deutschen
Personals.

Die „Daily News“ meldet aus Petersburg: Die Vor-
bereitungen für den Feldzug gegen die Ukraine bahren fort.
Die Geschäfte bei Bielegrad halten an. Die Bolschewisten
bestimmen die Oberhand und machen Anstrengungen, Kiew
einzuwickeln.

Nach der Liquidierung des Saloniki-Unternehmens?

Die „Daily Mail“ meldet: Das britische Kabinett ent-
schloß zwei seiner Mitglieder nach Saloniki, um an Ort
und Stelle wirtschaftliche und militärische Erhebungen vor-
zunehmen. — Nebenbei noch wohl, um festzustellen, wie
man möglichst angerumpelt aus dem macedonischen Abenteuer
wieder herauskommt.

Die englischen Mannschafstaverluste.

Nach den in englischen Zeitungen veröffentlichten amt-
lichen monatlichen Verlustangaben betragen die englischen
Verluste in den ersten 11 Monaten dieses Jahres 332 000
Mann und Offiziere. In diesen Verlusten sind die Abgänge
auf dem nichteuropäischen Kriegsschauplatz eingeschlossen.

Deutsches Reich.

Ein Abbau der Lebensmittelpreise ist nötig. Der bayeri-
sche Städtetag hat in seiner letzten Versammlung folgende
Entschließung angenommen: Die Preise des täglichen Lebens-
bedarfs haben in den letzten Monaten eine derartige Steige-
rung erfahren, daß weite Kreise der Bevölkerung in Stadt
und Land bis tief in den Mittelstand hinein in immer
größere Bedrängnis geraten. Im vaterländischen
Interesse hält sich der bayerische Städtetag dafür verpflichtet,
die Staatsregierung auf die daraus drohenden Gefahren hin-
zuweisen und sie zu bringen zu ersuchen, ihren ganzen Einfluß
bei den zuständigen Reichsstellen geltend zu machen, daß dieser
Entwickelung nicht nur Einhalt getan, sondern an einen Ab-
bau herangestrebt wird, der nicht nur einzelne Produkte,
sondern alle Produktionsfaktoren erfassen muß.

Zurückziehung von Wären aus der Front. Ueber die
Zurückziehung von Wären von der Front bestehen noch viel-
fach falsche Anschauungen. In einem Schreiben an den Ab-
geordneten Dr. Müller (Meiningen) vom 1. Dezember sagt
das preussische Kriegsministerium darüber unter anderem:
„Ein Erfolg, daß Zurückziehung erfolge wenn denn Söhne im
Feld stehen, ist nicht erlangt. Es ist logisch die Vorräte
getroffen, daß Wären dieser Kinder, die noch der
väterlichen Erziehung und Unterhaltung bedürfen, auf Ver-
langen aus der vorderen Linie zurück-
gezogen werden können, soweit es die militärischen
Interessen, insbesondere die Erhaltungszustände gestatten.“
Der „Vorwärts“ verurteilt. Der „Vorwärts“ ist, wie er
mittelt, zunächst auf drei Tage durch Verfüzung des Ober-
kommandos in den Karten verboten worden.

Die Ernährungsschwierigkeiten.

Judithauswirtschaft für Schlechtbäcker. — Keine Bevorratung
der Industriearbeiter mehr.

Die Denkschrift des Neustädter Magistrats hat das Be-
dauern, die Denkschrift auf bringende Mißstände in unserer
Ernährungswesen hingewiesen zu haben. Der Kern dieser
Denkschrift besteht in der Klage darüber, daß die Gemeinden
unter dem Zwang stehen, für ihre Angehörigen, insbesondere
auch für die Arbeiter kleinerer inabruirter Werke, Lebens-
mittel heranzuschaffen zu müssen, weil die großen Industrie-
werke für ihre Arbeiterkraft zu jedem Preis die um-
fangreichsten Einkäufe machen, daß die Städte sich zu diesem

Hindenburgs Zeitspruch zum Weihnachtsfest.

Berlin, 23. Dez. Von einer Anzahl Zeitungen darum
gebeten, stellt der Generalfeldmarschall seinen folgenden Zei-
tspruch für die Weihnachtsnummer zur Verfügung:

Der Segen Gottes zuble 1917 auf unsere Waffen.
Er wird 1918 unsere gerechte Sache zu einem guten Ende
führen:

Georges Hauptquartier, 24. Dez. 1917.
i n Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Der amtliche österreichisch-ungarische Heeresbericht.

Eröffnung der Friedensverhandlungen.

WTB, Wien, 23. Dez. Amtlich wird verkündet:
Oefflicher Kriegsschauplatz
Waffenstillstand. Die Friedensverhandlungen wurden
am 22. Dezember 4 Uhr nachmittags in Brüssel offiziell er-
öffnet.

Italienischer Kriegsschauplatz.
Infolge unglücklicher Witterung und Schicksalsfälle ist
die Geschwindigkeit im allgemeinen gering. Feindliche Zei-
tsprüche scheiterten.

Der Chef des Generalstabes.

Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

Berlin, 23. Dez. (Amtlich.) Von den Kri-
gsschauplätzen nichts Neues.

Drei englische Zerstörer torpediert.

Hoel van Holland, 23. Dez. (Niederländische Telegraph-
Agentur.) Drei englische Zerstörer sind in der Nähe des
Maasleuchtenschiffes torpediert worden. Einzelheiten fehlen.

Zwei des wucherischen Schleifhandels bedienen müssen, weil
sie sonst keine Ware bekommen, und daß die Städte auch bei
der allgemeinen Verlosung der Bevölkerung angehördet der
konturierung durch die aufstauende Industrie nur bei
Uebererrettung der Höchstpreise Ware be-
kommen. Es wird in der Denkschrift verlangt, daß der Staat
die Städte vor diesen notleidenden Geleg übererschrei-
tungen bewahren solle, indem er das bestehende Ernährungs-
system statt durchführt, die Ware schon beim Produzenten
erhält und für gleichmäßige Rationierung und Verteilung
sorgt.

Das Kriegsernährungsamt hat diese Veröffentlichung
zum Anlaß genommen, den Ernährungsbeitrag des Rich-
tungs zu einer Sitzung zu berufen, in der Staatssekretär
von Waldow, wie schon kurz berichtet, mitteilte, daß das Amt
unabhängig von der Denkschrift ein sehr scharfes Vorgehen
gegen den Waren-Schleifhandel beschließen habe und daß
außerdem die Sonderlieferung der großindustriellen Ar-
beiter durch die betr. Werke aufrehten solle. Bezüglich dieses
Vorgehens erfahren wir das folgende:

Die Strafen für gewerksmäßigen Schleif-
handel in Waren, die der behördlichen Regelung unterworfen
sind, sollen bedeutend erhöht werden. Es sollen Geld-
strafen bis 100 000 Mark erhoben werden. Im Rückfall soll
nicht unter 3 Monate Gefängnis, im wiederholten
Rückfall auf Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen
Ehrenrechte erkannt werden. Bei alledem handelt es sich um
gewerbliche Strafen. Die private Verlosung
aus persönlichen Beziehungen heraus wird, sofern dabei Ge-
sellschaftsverträge vorliegen, behan-elt wie bisher. Ver-
kauf und Entgeltzahlung werden weit scharfer kontrolliert.
Die Sonderverlosung durch die indu-
striellen Werke soll, weil dadurch die Geschmelt's Be-
nöthigkeit wird, aufhören. Die Leiter dieser Werke und
die Vertreter der Gewerkschaften werden wegen dieser not-
wendigen Neuordnung demnächst zu Konferenzen geladen
werden.

Provinzial-Nachrichten.

Schloß, 23. Dez. (Verzögerung der Kollekti-
on und.) Die Sitzung der Aufsicht der Eisenbahnen hat
bei den höchsten Gewerkschaften einen Kostendruck geteilt, dem
durch Sperrung der Gasbahnen an verchieden Tagen und
Nachschub in Rechnung getragen werden soll. Auf Antrag
der städtischen Behörden hat aber weiterhin die Kgl. Kreis-
hauptmannschaft angeordnet, daß von heute ab alle Gas-
wirtschaften und Vergnügungsfahrten einseitig bis
Theater und Viehpferdaufer 10½ Uhr abends zu schließen
sind. Damit wird die bisherige Schlußlinie (11½ Uhr) um
eine Stunde vorgezogen. Die Ausführung dieser Maßregel ist
zu erwarten, sobald die Eisenbahnen wieder in normaler
Menge ausgehen. An der neuen Schlußlinie 10½ Uhr muß
auch an allen benutzenden Feuerorten sowie in der Sil-
vesternacht festgehalten werden.

Mitteilung, 22. Dez. (Aufbesserung der Geis-
lichen.) Nach dem Vortrage neu beschlossenen Ge-
sellschaftsverträgen beträgt das Einkommen der Geis-
tlichen auf dem Lande 2500 Mark, in den Städten 3000 Mark,
während bei beiden das Höchstmaß 6000 Mark ist. Durch An-
nahme dieser Verhältnisse stehen sich die Geistlichen geistlich
am besten in ganz Thüringen.

Halle und Umgegend.

Halle am 24. Dezember 1917.

Kartoffel-, Brotverlosung und Schweinehaltung.

Vom Kriegsernährungsamt wird uns geschrieben: Bei
der allgemeinen Futterknappheit in diesem Jahre ist es nicht
möglich, die zurzeit noch vorhandenen Schweineheiden
den Winter über durchzuführen, geschweige denn sie in einen
schwierigen Zustand zu bringen. Die Sachverhalte sind
zur menschlichen Ernährung zur Deckung des notwendigen
Brotenergiebedarfs und zur Anlegung der dringend nötigen
Reserven reiflos Verwendung finden. Was den Landwirten
zur Verfertigung bleiben wird, muß zur Erhaltung der un-
bedingt erforderlichen Arbeitstiere (Pferde, Zugochsen) be-

stimmt werden. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß
Schweine allein mit Kartoffeln ohne Zusatz von einsei-
haltigen Kraftfutter nicht genügend ernährt werden können. Die
Weiterhaltung unserer Schweinebestände auf der am
15. Oktober festgelegten Höhe birgt daher die Gefahr in sich,
daß auf Kosten unserer Brotgetreideverlosung unzulässige
Verfütterungen erfolgen.

Es bleibt daher nur übrig, eine beschleunigte
Verminderung unseres Schweinebestandes herbeizu-
führen. Und zwar müssen alle nicht zur abschlachtigen Haus-
schlachtigung oder zur Zucht benötigten Schweine sofort ab-
geschlachtet werden. Um dieses sofortige Abschließen den
Landwirten zu erleichtern, sind erhebliche Zuschläge zum
Hochpreis für minderwertige Schweine festgesetzt worden.
Die Zuschläge werden jedoch nur bis zum 15. Januar 1918
gehabt.

Von dem vaterländischen Sinn der deutschen Landwirt-
schaft darf erwartet werden, daß sie den vom Kriegsernäh-
rungsamt für das ganze Reich angeordneten Maßnahmen,
die eine Verringerung des Schweinebestandes
bedeuten, keinen Widerstand entgegenstellen, die nicht mehr
kräftig und überaus mitfordern in der Erkenntnis, daß
dieser Eingriff in die gewohnte Wirtschaftsführung für die
hegrelche Bevölkerung des Landes unbedeutend notwendig ist.
Die Zuschläge werden durchgehenden und im Frühjahr
zum Wiedereinbau der Schweinehaltung benutzt werden,
wenn der Weidgang und die Grünfütterung die Haltung
der Schweine ohne Körnerfutter und Kartoffeln ermöglichten.

Die im Feldvorkriegsberche bestehenden Portofreiheiten
und Vorkontingenten für Postsendungen der Angehörigen
des Heeres werden in gleicher Weise auch auf die Postsendun-
gen der Mitglieder des Kaiserlichen Freiwilligen Auto-
motor-Korps und ihrer Wehrmänner (einschließlich des Freiwilligen
Motor-Korps und ihres Vorkontingents) angewendet. —
Auf den Vorkontingent der auf Grund des Gesetzes über den
Baterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 in den be-
setzten Gebieten vorerwähnten Hilfsdienstpflichtigen finden
die Vorschriften der vorerwähnten Portofreiheiten und
Vorkontingenten gleichfalls Anwendung. Diese Portov-
ergünstigungen gelten somit auch für Sendungen in Privat-
angelegenheiten dieser Personen. Die Aufsicht der an sie
gerichteten Sendungen muß lauten:

En den Hilfsdienstpflichtigen (Namen) bei der
Stapeninspektion (Nummer) (eater 3. Angabe einer
bestimmten Stapeninspektion)
Nach einem neueren Gesetz des Kriegsministeriums sind
die Hilfsdienstpflichtigen der Heeresverwaltung die Dauer
ihrer Zugehörigkeit zu einer Kriegsernährungsamt Militär-
beamte. Sämtlichen Zivilbeamten der Heeresverwaltung
stehen daher für diese Zeit die den Heeresangehörigen ein-
geräumten Portovergünstigungen zu.
Stabskassierer. Heute, Montag (Heiligabend), findet
nachmittags 3 Uhr eine Aufzählung des Weihnachtsmahdens
„Altenbrödel“ statt.

Letzte Depeschen.

Die neuen Luxemburg-Depeschen.

Amsterdam, 22. Dezember. Die in Washington ver-
öffentlichten neuen Luxemburg-Telegramme befaßten sich in der
Hauptsache mit den deutschen Bemühungen, einen Vertrag
mit Argentinien in Bezug auf die Verrentung des Dampfers
„El Tero“ zu verhandeln. In seinen Meldungen an
die deutsche Regierung drückt Luxemburg die Befürchtung aus,
daß der geheime Druck entsetzt sei. In einer anderen Mel-
dung spricht er von einer Unterbrechung der Drahtverbin-
dung mit Mexiko. In Washington wird gleichzeitig eine
Erklärung des argentinischen Ministers des Äußeren ver-
öffentlicht, in der er sagt, daß drei unbeschäftigte Bol-
schaften sich allein auf Chile und Uruguay bezogen, die den
Regierungen dieser Staaten gelandt wurden. In diesen Ge-
richte Luxemburg den argentinischen Minister des Äußeren
als eine „betrügerische Person“, dessen „verrückte
Verhandlungen“ ihn verblödet habe, eine Unterbrechung
mit dem Präsidenten zu haben. Ein letztes Telegramm dieser
Serie an eine unbekannte Person in Santiago de Chile,
wahrscheinlich an den deutschen Gesandten, besagt: Solange
Chile neutral bleibt, wird Deutschland nach dem Kriege in
der Lage sein, seine südamerikanischen Politik ebenso zu
nicht leichter, trotz dem beizubehalten, irregulierten Argentinien
an der Seite Argentinien fortzuführen. Luxemburg sagt hinzu,
der argentinische Präsident sei fast entschlossen, den Minister
rät gegen die Vereinigten Staaten zu beeinflussen.

Eine unzutreffende Behauptung.

Berlin, 22. Dezember. Der englische Ministerpräsident
Ridch George hat am 19. 11. im Unterhaus die bestimmte
Behauptung aufgestellt, am 17. November seien fünf
deutsche U-Boote vernichtet worden.
Wenn diese Angabe bisher unüberprüfbar blieb, so be-
deutete dies keineswegs stillschweigende Zustimmung, sondern
abwartende Prüfung. Nachdem nunmehr die Richtigkeit der
sener Zeit in See gemachten Boote die Lage übersehen
läßt, ist, wie von amtlicher Stelle erklärt wird, festgelegt,
daß die vom englischen Ministerpräsidenten aufgestellte Be-
hauptung unzutreffend ist.

Rankings Bedingungen.

Washington, 22. Dez. (Reuter.) Staatssekretär Rankin
nahm heute zu den Gerüchten von einem neuen deutschen
Friedensangebot zu Westminster Stellung und erklärte, daß
das Staatsministerium davon keine Kenntnis erhalten habe.
Die Haltung der Vereinigten Staaten sei unverändert und
bleibe im Einklange mit den Bedingungen der Alliierten,
daß Deutschland Wiederherstellung und Schadloshaltung ge-
währen solle.

Die riesige Beute in Benegien.

Wien, 22. Dezember. Gestern wurde im Abgeordneten-
hause eine Interpellation über die Verwendung der riesigen
Beute an Lebensmitteln beim die Verwendung in Benegien ein-
gebracht. Die Beute sollte zum Teil der Verpflegung der
Armees und der Rest für die Versorgung des Hinterlandes
Verwendung finden.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dnd;
für den örtlichen Teil für Provinzialnachrichten, Bericht. Dand:
Gegen P. Dand. An der Redaktion: Unterhaltungsblatt: Ber-
nische Anst. Dr. Karl Beer. für den Anzeigenteil:
Dand Brand. Dand und Verlag von Otto Dandel.
Sämtlich in Halle.

